

IW-Kurzbericht 19/2018

Brexit führt zu Schwäche bei Reallöhnen und Konsum

Jürgen Matthes

Der Brexit hinterlässt tiefe Spuren in den Geldbörsen der Briten. Durch die deutliche Pfund-Abwertung um rund 18 Prozent seit dem Herbst 2015 stieg zeitverzögert die Inflation stark. Das hat im UK zu Reallohneinbußen und Konsumschwäche geführt.

Wechselkursabwertung

Nach dem EU-Referendum am 23. Juni 2016 wertete das britische Pfund gegenüber dem Euro um mehr als 10 Prozent ab. Zuvor hatte das britische Pfund noch bei um die 1,30 Euro notiert. Doch selbst dieses Niveau war damals schon deutlich geringer verglichen mit dem Herbst 2015, als das Pfund noch um die 1,40 Euro wert war. Ab Ende 2015 nahmen die Spekulationen darüber zu, dass das EU-Referendum statt bis Ende 2017 schon im Frühjahr 2016 durchgeführt werden könnte. Verkündet wurde der Juni-Termin schließlich vom damaligen Premierminister David Cameron am 20. Februar 2016. In dieser Phase zwischen November 2015 und Februar 2016 rutschte der Wechselkurs ab auf das Niveau vor dem Referendum. Im Jahr 2017 schwankte der Wert des britischen Pfunds in einer größeren Bandbreite um etwa 1,15 Euro. Verglichen mit den 1,40 Euro im Herbst 2015 errechnet sich daraus eine gesamte Abwertung von rund 18 Prozent (Abbildung).

Die Wirkung der Abwertung hat sich fast lehrbuchmäßig in der britischen Wirtschaft entfaltet, wie die folgende Analyse zeigt.

Inflationsanstieg

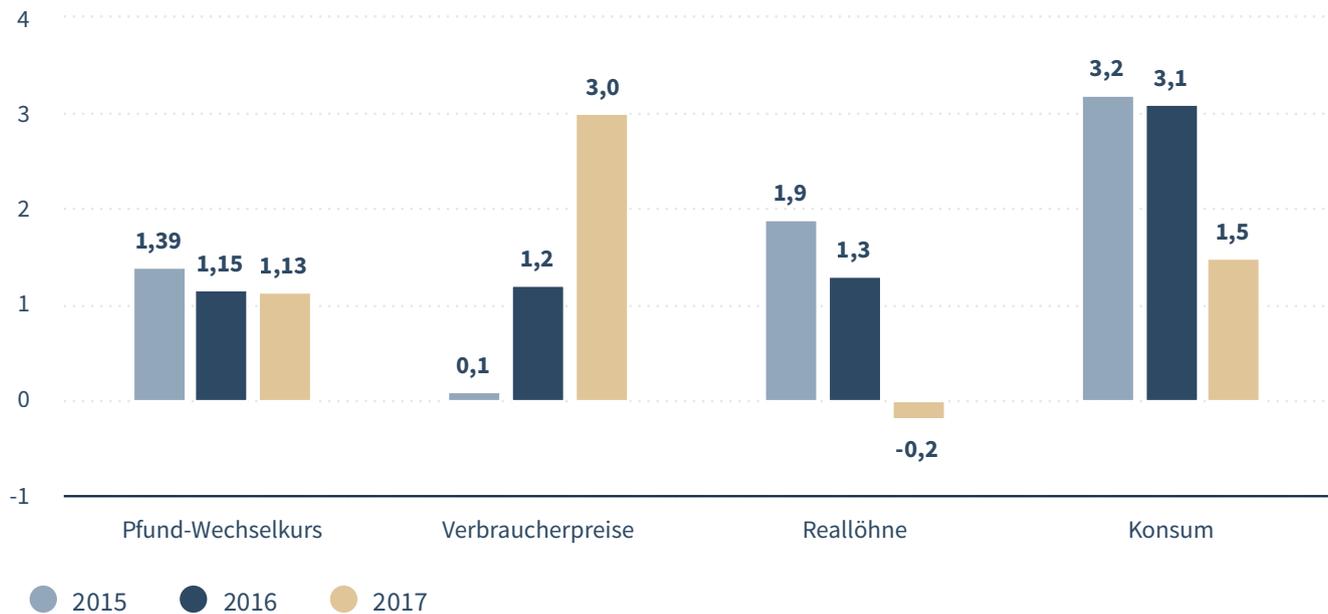
Durch die starke Pfund-Abwertung verbilligten sich zwar einerseits die britischen Exporte auf dem Weltmarkt. Andererseits verteuerte die Abwertung aber die britischen Importe. Auch weil das Vereinigte Königreich (UK) deutlich mehr importiert als exportiert, wirkte sich diese Verteuerung mit zeitlicher Verzögerung auf das heimische Verbraucherpreisniveau aus. Im Jahr 2015 schwankte die britische Inflationsrate (gemäß dem in der EU harmonisierten Verbraucherpreisindex von Eurostat) noch um die 0 Prozent. Doch nach Ende 2015 stieg sie nahezu kontinuierlich an. Im Jahr 2017 erreichte sie im September 2017 die 3-Prozent-Marke und verharrte bis zum Januar 2018 auf diesem Niveau.

Reallohneinbußen

Die deutlich stärkere Preissteigerung verringerte die Realeinkommen der Briten. Das lässt sich illustrieren anhand der Entwicklung der Nominal- und Reallöhne. So stiegen die gesamten Lohnzahlungen einschließlich Bonuszahlungen („total pay“) in nominaler Rechnung

Der Brexit dämpft den Konsum

Wechselkurs des britischen Pfunds in Euro und Veränderung des HVPI-Verbraucherpreisindex, der Reallöhne und der realen Konsumausgaben der privaten Haushalte in Prozent



Reallöhne: durchschnittliche Wochenlöhne (einschließlich Bonuszahlungen) in der Gesamtwirtschaft ("total pay")
Pfund-Wechselkurs, Verbraucherpreise, Reallöhne: jeweils Durchschnitt der Monatswerte im 4. Quartal.
Quellen: ONS; Eurostat; Institut der deutschen Wirtschaft

im vierten Quartal 2017 gemäß dem Office for National Statistics um 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Nominallohnsteigerung war damit genauso hoch wie im vierten Quartal 2016 und sogar höher als im vierten Quartal 2015 (2 Prozent).

Doch weil die Inflation so deutlich zulegte, sind die Reallöhne im UK nicht ebenfalls merklich gestiegen, sondern sogar leicht gesunken. Im vierten Quartal 2017 lag der Rückgang gegenüber dem Vorjahr bei -0,2 Prozent (Abbildung). Im Mai 2017 betrug die Reallohneinbuße sogar 0,6 Prozent. Verglichen mit den Vorjahren ist das ein sehr starker Rückgang (Abbildung). So nahmen die Reallöhne im Vorjahresvergleich im vierten Quartal 2016 noch um 1,6 Prozent zu und ein Jahr zuvor um 1,9 Prozent. Im dritten Quartal 2015 hatte die Reallohndynamik sogar noch bei 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gelegen.

Konsumschwäche

Die inflationsbedingt gesunkenen Reallöhne mindern die Kaufkraft der privaten Haushalte. Daher hat die Dy-

namik des privaten Konsums deutlich nachgelassen. So nahmen die Konsumausgaben der privaten Haushalte in realer Rechnung im vierten Quartal 2017 zwar noch um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Das Wachstumstempo war damit aber nur halb so hoch wie in den beiden Vorjahren, als die Steigerungsrate bei beachtlichen 3 Prozent lag.

Damit bekommen die Briten bereits vor dem Austritt aus der EU die negativen Wirkungen des Brexits zu spüren.